

Call for a Finance Watch

Aufruf europäischer Abgeordneter zur zivilgesellschaftlichen Überwachung der Finanzmärkte

Wir Abgeordneten, die für die Regulierung der Finanzmärkte und des Bankgewerbes zuständig sind, stehen täglich unter dem Druck des Finanz- und Bankensektors, der den Rechtsrahmen für seine Branche beeinflussen will.

Es ist durchaus in Ordnung, dass die Unternehmen dieser Branche ihre Standpunkte bekannt machen und regelmäßig mit dem Parlament als Gesetzgeber Gespräche führen. Aber das Ungleichgewicht zwischen dieser Lobby und dem Mangel an Gegengewicht erscheint uns eine Gefahr für die Demokratie. Die Lobbyarbeit einer Interessengruppe muss durch Stellungnahmen anderer Interessengruppen ausgeglichen werden. Zum Thema Umwelt beispielsweise haben die Nichtregierungsorganisationen eine echte Gegenexpertise gegenüber der von der Industrie vertretenen Position entwickelt. Das Gleiche gilt im sozialen Bereich für Arbeitgeber- und Gewerkschaften. Diese Gegenüberstellung ermöglicht Abgeordneten, gegensätzliche Argumente anzuhören. Für den Finanzsektor trifft das nicht zu.

Es gibt in der heutigen Zivilgesellschaft keine ausreichende Gegenmacht für das Thema der Finanzmärkte. Dieser Mangel hindert uns als Entscheidungsträger_innen nicht an der Formulierung unserer eigenen, von der Branche unabhängigen Standpunkte und hält uns auch nicht von unserer Arbeit ab. Dennoch bedeutet das Ungleichgewicht aus unserer Sicht eine Gefahr für die Demokratie, denn es findet in einem Umfeld statt, in dem die politische Elite und die Finanzelite sich sehr nahe stehen. Die enge Verbindung zwischen der Investmentbank Goldman Sachs und der Bundesverwaltung in den USA ist kein Geheimnis. In Europa ist diese Verflechtung genauso hoch.

Es wäre falsch, zu glauben, dass sich die Ziele der politischen Elite nicht von den Interessen der Führungsspitze des Finanzsektors unterscheiden. Diese Nähe trägt aber dennoch zu einer stärkeren und einseitigen Berücksichtigung der Interessen des Finanzsektors bei und schränkt mit Sicherheit die Fähigkeit der politischen Verantwortlichen ein, unabhängige Entscheidungen zu treffen.

Wir, die Abgeordneten, die für die Regulierung des Finanz- und Bankensektors verantwortlich sind, rufen daher die Zivilgesellschaft, also Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Akademiker und Think-tanks auf, eine oder mehrere Organisationen zu bilden, um eine Gegenexpertise zu den Banken, Versicherungsgesellschaften und Hedge Funds zu bilden und diese Erkenntnisse effizient über die Medien zu verbreiten.

Als Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher politischer Parteien können wir durchaus unterschiedlicher Meinung sein, welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Wir sind uns jedoch über die Notwendigkeit einig, die Öffentlichkeit auf die Gefahren für die Demokratie aufmerksam zu machen.

Wir laden alle Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen und regionalen Parlamente ein, sich dem Aufruf anzuschließen.

*(von der Redaktion gekürzte und sprachlich vereinfachte Variante,
Quelle: <https://www.blaetter.de/aktuell/dokumente/call-for-a-finance-watch>, 11.11.2014)*